

# Lichtenstein-Gallberger Tageblatt

## früher Wochen- und Nachrichtenblatt

zugleich  
Geschäfts-Anzeiger für Hohndorf, Rödlich, Bernsdorf, Rüdorf, St. Egidien, Heinrichsort, Marienan und Mülsen.  
Amtsblatt für den Stadtrat zu Lichtenstein.

Nr. 49.

41. Jahrgang.  
Sonntag, den 1. März

1891.

Dieses Blatt erscheint täglich (außer Sonn- und Festtags) abends für den folgenden Tag. Vierteljährlicher Bezugspreis 1 Mark 25 Pf. — Einzelne Nummer 10 Pfennige. — Bestellungen nehmen außer der Expedition in Lichtenstein, Markt 179, alle Kaiserl. Postanstalten, Postboten, sowie die Austräger entgegen. — Inserate werden die viergepaltene Korpuszeile oder deren Raum mit 10 Pfennigen berechnet. — Annahme der Inserate täglich bis spätestens vormittag 10 Uhr.

### Bekanntmachung,

das diesjährige Musterungsgeschäft betr.

Die in der Stadt Lichtenstein wohnhaften Militärpflichtigen werden hiermit vorgeladen, sich

Dienstag, den 3. März d. J.

vormittags 7<sup>1/2</sup> Uhr

behuft ihrer Bestellung vor der königlichen Ersatz-Kommission im hiesigen

neuen Schützenhause bei Vermeidung der für den Nichtgestellungsfall festgesetzten Strafen und Nachteile rechtzeitig einzufinden. Wer durch Krankheit am Erscheinen im Musterungstermine verhindert ist, hat ein Arzt-zeugnis einzureichen.

Eine Einzelbeorderung der Militärpflichtigen erfolgt nicht.

Lichtenstein, am 26. Februar 1891.

Der Rat zu Lichtenstein.

Fröhlich.

### Mitteilungen

aus der Sitzung der Stadtverordneten zu Lichtenstein vom 24. Febr. 1891.

1. Ein aus der Mitte des Kollegiums gestellter Antrag, den Stadtrat um Anbringung einer Bekanntmachung am Schuttalagerungsplatze am Stadteiche über zweckmäßigere Ablagerung des Schuttes zu ersuchen, wurde zum Beschluß erhoben.

2. Ein Gesuch des Kirchenvorstandes, zur Bezahlung des Mehraufwandes des Kirchenbaues und zur Vergrößerung des Gottesackers ein amortisierbares Darlehn von 30 000 Mark aufnehmen zu dürfen, wurde in Uebereinstimmung mit dem darüber gefaßten Ratsbeschlusse genehmigt, dabei jedoch mehrseitig der Mißbilligung der den veranschlagten Kostenaufwand so beträchtlich überschreitenden Mehrausgabe Ausdruck gegeben.

3. Die durch den Tod der Witwe Otto zur Erledigung gelangte Vollstelle der Webendörferschen Armenstiftung (150 Mk.) wurde auf Vorschlag der Armenversorgungsbehörde und in Uebereinstimmung mit dem Stadtrate der Inhaberin einer halben Stelle (100 Mk.) derselben Stiftung, die letztere der zeitigeren Inhaberin einer Stelle der Stübelschen Armenstiftung (92 Mk.) zu verleißen beschloffen.

4. In gleicher Weise wurde die solchergestalt freigewordene Stelle der Stübelschen Armenstiftung einer hiesigen armen Witwe verleißen.

5. Das für einen hiesigen Bürgers-, bez. Beamtensohn zum Besuche einer Universität bestimmte Stübelsche Stipendium von jährlich 200 Mark wurde einem hiesigen Beamtensohn auf 3 Jahre verleißen.

6. In Berücksichtigung des immer stärker werdenden Gasconsums in Lichtenstein und ebenso in Callenberg und zugleich um für den Fall eines etwa vorkommenden Unfalls die Gaslieferung nicht unterbrechen zu müssen, haben die vereinigten Ausschüsse für Bau- und Beleuchtungswesen bei den städtischen Kollegien beantragt, noch im heurigen Jahre einen neuen größeren Gasometer zu errichten, dessen Kostenaufwand sich annähernd auf 20 000 Mk. beziffern werde. Das Kollegium faßte nach längerem Meinungsaustausch genehmigenden Beschluß.

7. Die Akten über die geplante neue Wasseranlage gelangten zur Vorlage und es wurde über die gutachtlichen Aussprachen des Hrn. Zivilingenieur Menzner, sowie über die Verhandlungen mit mehreren Rödlicher Bewohnern, welche verjährte Rechte auf Wasserentnahme aus dem Quellengebiete des vormaligen Engelmannschen Gutes geltend machen, Vortrag erstattet. Man trat nunmehr dem Ratsbeschlusse bei, dahin gehend, daß die Wasserleitung nach dem Menznerschen Vorschlage ausgeführt, das Herrliche Wasser gekauf und wegen Aufnahme eines amortisierbaren Darlehens mit einigen Bankinstituten in Verhandlung getreten werden soll.

8. Ein auf § 94 verb. mit § 47 b der rev. Städteordnung gestütztes Gesuch des Hrn. Stadtrat Bauch, ihn infolge andauernder Kränklichkeit und dadurch öfters eingetretener Behinderung an Ausübung seines Amtes vor Ablauf seiner mit Schluß nächsten Jahres zu Ende gehenden Dienstzeit und bereits jetzt aus seinem Amte zu entlassen, fand Genehmigung.

### Wochenschau.

Von der Sitre heiß — rinnen muß der Schweiß! So können jetzt auch die Vertreter des deutschen und des preußischen Volkes in Berlin ob der harten Parlamentsarbeit singen und sagen. Das ermüdende Zusammentagen des deutschen Reichstages und des preußischen Abgeordnetenhauses dauert ununterbrochen fort, es wird wacker geschafft, aber die Folgen sind auch sichtbar. Im Reichstage herrscht eine gähnende Debe, und erst, wenn die jedesmalige Sitzung des preußischen Parlamentes ihr Ende erreicht hat, füllt sich der Saal einigermaßen. Die zweite Beratung des Arbeiterschutzgesetzes ist nach zweiwöchentlicher Anstrengung erst zur Hälfte beendet; fertiggestellt sind die Bestimmungen über Sonntagsruhe der Arbeiter, über die Führung des Arbeitsbuches für jugendliche Arbeiter, über die Einbehaltung von Lohn zur Verhütung von Kontraktbruch, über die Fortbildungsschulen, und die Lohnzahlung. Die Verhandlungen werden mindestens noch ebensoviel Zeit für den Rest des Gesetzes beanspruchen, wie der Anfang gefordert hat. Die Beschlüsse sind meist nach den Anträgen der Kommission gefaßt, von den von der sozialdemokratischen Partei eingebrachten Änderungsanträgen ist kein einziger durchgegangen. Im preußischen Abgeordnetenhause ist die zweite Lesung des neuen Einkommensteuergesetzes unter vieler Mühe zum Abschluß gebracht. Die Hauptbestimmung — Einführung des Deklarationszwanges für alle Einkommen über 3000 Mark — ist in noch schärferer Form beschloffen, als sie von der Regierung überhaupt gefordert ist. Daß allzusehr leicht schartig macht, ist bekannt, darum besinnt man sich auch wohl bis zur dritten Lesung noch etwas. Dinge, wie sie bei der Steuereinschätzung in Hochum vorgekommen sind im vorigen Jahre, passieren doch nicht überall, und wegen zu niedriger Einschätzung in einzelnen Orten brauchen doch nicht alle Steuerzahler zu leiden.

Im Vordergrunde des Tagesinteresses stand die Rede, welche Kaiser Wilhelm II. auf dem Brandenburgischen Provinziallandtage in Berlin gehalten hat, und die allgemein als eine Programmrede aufgefaßt ist. Die bündige Erklärung des Monarchen, daß er über allen Parteien stehe, keine Sonderpolitik treibe und sich durch ängstliche Besichtigungen nicht beirren lassen werde, auf dem Wege fortzuschreiten, den er als den richtigen erkannt, lassen keinen Zertum über die Ansichten des Monarchen mehr zu. Es ist Tatsache, daß Kaiser Wilhelm II. mit manchen Prinzipien unwiderstlich gebrochen hat, die maßgebend waren, so lange Fürst Bismarck als deutscher Reichskanzler amtierte; aber man muß auch das als Tatsache betrachten, daß der Monarch gar nicht daran denkt, eine überstürzte Reformpolitik einzuleiten, die mehr experimentiert, als den bestehenden Verhältnissen Rechnung trägt. Das braucht niemand zu befürchten, und wenn doch versucht wird, falsche Darstellungen über des Kaisers Pläne zu verbreiten, so ist das bedauerlich. Wenn neues kommt, so muß altes fallen, von dem Mancher sich nicht gern trennt. Aber der Kaiser hat auch Recht, wenn er sagte: „Erst das große Ganze!“ Am wenigsten einverstanden mit der kaiserlichen Reformpolitik scheinen die westdeutschen Großindustriellen zu sein, wenigstens wird in den Organen derselben vieles sehr düster dargestellt. Ganz mit Unrecht! Die gewaltige Ueberzeichnung der letzten deutschen Anleihen beweist schlagend, daß in den besitzenden Kreisen des deutschen Reiches Zutrauen zu

einer friedlichen und maßvollen Entwicklung der inneren Verhältnisse besteht, und dies Zutrauen wird nicht täuschen. Das deutsche Bürgertum stark und kräftig zu erhalten, ist das höchste Interesse der Reichsregierung. Eine Nation mit leeren Taschen kann keine Weltstellung behaupten, denn der Staat hat nichts, wenn er von seinen Bürgern nichts bekommen kann.

Die Kaiserin Friedrich hat Paris wieder verlassen, und ist nach London weitergereist. Zu Ausschreitungen ist es während ihrer Anwesenheit nicht gekommen, aber die Tatsache, daß die Mutter des deutschen Kaisers in Paris verweilte, und die komische Befürchtung, diesem Besuche könne sich der des Kaisers selbst anschließen, hat die Deutschenfresser der französischen Hauptstadt nicht ruhen lassen. Der Abg. Deroulede, der schon seit Jahren als wüthender Revancheschreier bekannt ist, hat Abend für Abend in Versammlungen gegen eine Annäherung Frankreichs an Deutschland getobt, und da in Paris an Schreibern aller Art, die eine Maus zum Elephanten machen, nie Mangel ist, so kann man sich denken, welcher Spektakel entstanden ist. Die französische Regierung hütet sich, gegen diese Maulhelden vorzugehen, die Pariser werden ja stets wie ein rohes Ei behandelt werden, einen Erfolg haben sie doch gehabt: Die Revanchepresse, die lange stillgeschwiegen hat, stößt nun kräftig in das gleiche Horn, und die zahlreichen französischen Künstler, welche sich schon bereit erklärt hatten, die diesjährige große Berliner Ausstellung zu beschicken, werden zaghaft und nehmen ihre Erklärungen zurück. So beweist sich wieder die bekannte Sache, daß in Paris stets und ständig die tolle Unvernunft Sieger bleibt über den Verstand und die Besonnenheit. Freundschaft, wahre Freundschaft zwischen Deutschland und Frankreich scheint nicht mehr in den Bereich des Möglichen zu gehören, wir können schon sehr zufrieden sein, wenn die Grenzen der Höflichkeit nicht überschritten werden. In den parlamentarischen Verhandlungen in Paris herrscht große Stille. In der Zollkommission der Kammer hat sich die Regierung entschieden gegen übertrieben hohe Schutzzölle erklärt.

Die Zollverhandlungen zwischen dem deutschen Reiche und Oesterreich-Ungarn sind, wie von allen Seiten berichtet wird, dem Abschluß nahe. Spätestens Mitte März soll die Unterzeichnung erfolgen. Der Reichstag wird sich in dieser Session nicht mehr mit dem Vertrage zu beschäftigen haben, denn auf Grund desselben sollen noch weitere Verträge mit anderen Staaten abgeschlossen werden. Es liegt im Plane der Reichsregierung für die deutschen Produkte wieder ein weites Absatzgebiet zu schaffen, ohne doch deshalb den Schutz der nationalen Arbeit in Frage zu stellen. Die Parlamente werden sich also im nächsten Herbst in der Hauptsache mit diesen wirtschaftlichen Fragen zu befassen haben. Der Wahlkampf in Oesterreich für die Neuwahlen zum Abgeordnetenhause gestaltet sich jetzt ziemlich lebhaft; besonders energisch wird er in Böhmen geführt, wo Deutsche und Czechen alles aufbieten, sich einen großen Besitz an Mandaten zu schaffen. Im ungarischen Abgeordnetenhause hat es wieder einige stürmische Verhandlungen gegeben. Größere Bedeutung haben aber diese Zwischenfälle in keiner Weise. Für Oesterreich-Ungarn von besonderem Interesse war der Sturz des serbischen Ministeriums Gruitich, das infolge seiner eigenen Zerfahrenheit gefallen ist. Das neue Kabinett wird von dem bisherigen Kammerpräsidenten Paschitsch geleitet, der bisher ein stammer russischer Parteigänger war. Er soll aber